



**Mönchengladbach**, den 28. August 2015: Die Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) ist um einen für kinderreiche Familien wichtigen Punkt ergänzt worden: "In § 4 („soziale und ökologische Belange“) ist das Ziel aufgenommen worden, neben

Belangen des Umweltschutzes und der Barrierefreiheit beim Bauen auch die Interessen kinderreicher Familien zu berücksichtigen.

Vor Verabschiedung der Änderung durch den rheinland-pfälzischen Landtag hatte sich der Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V. (KRFD) intensiv in die Diskussion eingebracht. „Wir sind alle froh, dass das Parlament unsere Argumente angehört und bei der Gesetzgebung berücksichtigt hat“, so KRFD-Bauexperte Ben Christian Reinicke, Mitarbeiter im Arbeitskreis „Wohnen“ unter Leitung von Gerd Schreiner. Im Anhörungsverfahren zur Änderung der LBauO hatte Reinicke die zentralen Argumente vorgetragen, die für einen gesetzlich vorgeschriebenen Bau großer Wohnungen sprechen.

„Der Wohnungsmarkt bietet immer weniger Wohnungen, die vom heutigen Standard – Singlehaushalt bis Zweikind-Familie – abweichen“, betont Reinicke. Das betreffe die Senioren-WG ebenso wie die Familie mit Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen, die Wohngemeinschaft von Studierenden oder eben die Familie mit drei, vier, oder mehr Kindern.

Wohnraum für Großfamilien sollten zwei zentrale Kriterien erfüllen. Es müsse, so Reinicke, Rückzugsmöglichkeit für alle Hausbewohnerinnen und –bewohner geben ebenso wie Raum für das Zusammenleben als Gemeinschaft. „Gerade in Großfamilien, womöglich mit mehreren Generationen unter einem Dach, wird Gemeinschaft gelebt und Gemeinsinn weitergegeben. Dafür ist ausreichend Platz erforderlich.“

Der Wohnungsneubau werde diesen Bedürfnissen oft nicht gerecht, da die Regeln der Ökonomie es nicht zuließen. „Der historische Rückgang klassischer Familienstrukturen hat zunächst den Bedarf an kleinen Wohnungen kontinuierlich erhöht. Die kleineren Wohnungen erzielen zudem relativ höhere Miet-, und Verkaufserlöse, da die verfügbaren Einkommen entsprechend höher sind. Die Verfestigung dieser Tendenz in den vergangenen rund 30 Jahren hat dazu geführt, dass große, flexibel nutzbare Wohnungen ökonomisch nicht mehr darstellbar geworden sind. Es ist auch kommunal- oder genossenschaftlich organisierten Bauherren nicht möglich, solche Wohnungen zu bauen ohne gegen das Gebot der Wirtschaftlichkeit zu verstoßen“, erklärt Reinicke. Dieser Trend führe in eine Spirale, die auch die Familienplanung junger Paare beeinflusst, da Wohnraum für wachsende Familien nicht, bzw. nicht ausreichend zur Verfügung stehe.

„Der Demographische Wandel“, so Gerd Schreiner, „verstetigt sich durch den Mangel an geeigneten Wohnungen, anstatt gestoppt oder zumindest abgeschwächt zu werden. Es ist im gesellschaftlichen Diskurs inzwischen kein Tabu mehr, über Bedingungen zu sprechen, die das Ja zum Kind erleichtern. Dies muss im Bereich Wohnen auch durch den Gesetzgeber geschehen, da die Marktkräfte allein nicht in der Lage sind, einen gegenwärtigen Trend zu entfallen.“

Über den erfolgreichen Einsatz des AK Wohnen in Rheinland-Pfalz freut sich auch die KRFD-Bundesvorsitzende Dr. Elisabeth Müller: „Es ist wichtig, dass wir immer wieder von den konkreten Problemen und Fragen aus denken, die kinderreiche Familien beschäftigen. Die Wohnungsfrage gehört ganz zentral dazu. An der konkreten Unterstützung für kinderreiche Familien entscheidet sich, wie kinderfreundlich eine Gesellschaft ist und welche Qualität unsere Antworten auf den demografischen Wandel haben.“

Ende der Pressemitteilung

<http://www.kinderreichfamilien.de/pressemitteilungen/articles/pressemitteilung-landesbauordnung-rheinland-pfalz-schreibt-erstmal-den-bau-grosser-wohnungen-vor.html>

Der Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V. ist im Jahr 2011 aus der Initiative engagierter kinderreicher Familien entstanden, vertritt 1,2 Millionen kinderreicher Familien in Deutschland und setzt sich in Politik, Wirtschaft und Medien für ihre Interessen ein. Der Verband versteht sich als Netzwerk von Mehrkindfamilien, die sich untereinander unterstützen und die Öffentlichkeit für ihre Anliegen erreichen wollen. Der Verband ist konfessionell ungebunden und überparteilich.